

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Abbestellungspreis: die monatlich erscheinende Kanareregelle oder deren
Preis 30 Pf. für Familienkreise 30 Pf., für die Kanareregelle (anlässlich
an dem dreizehnten Teil einer Zeitungsnummer) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur
Montags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-W. 1. Güterbahnhofstraße 2.
Abbestellungspreis: drei Baus monatlich 2,50 RM (schlief im voraus), buch
die Zahl 2,50 RM (ohne Buchgebühren). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täg-
lich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich
Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-W. 1. Güterbahnhofstraße 2. Ver-
teilung: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 259. Postkategorie: Dresden 18 600.

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 17. Dezember 1931 Nummer 208

Einpeitscher der Brüning-Notverordnung:

ADGB-Führer wollen den Lohnabbau!

Ablenkungsmanöver der Gewerkschaftsführer. Sie wollen den „Kampf für Preisabbau“, statt Kampf gegen Lohnabbau
Sozialdemokratischer Schlichter Wissell diktiert einen 15prozentigen Lohnabbauentscheid für Berliner Metallarbeiter!

In der Bundesausschussung des ADGB, die am Montag tagte, haben die reformistischen Gewerkschaftsführer
freiwillig darauf verzichtet, noch irgendwelche Lohnkämpfe zu führen. Sie gaben damit die wichtigste und grund-
legendste Funktion der Gewerkschaften, das Streikrecht, preis und unterstützen damit praktisch den von Brüning
erordneten Lohnabbau.

Die Notverordnung ist noch nicht acht Tage alt und schon diktiert der sozialdemokratische Schlichter Lohnabbau-
entscheid für Berliner Metallarbeiter einen 10 bis 15prozentigen Lohnabbau-
entscheid, der im Januar nächsten Jahres in Kraft treten soll.

Die Entschliebung des Bundes-Ausschusses des ADGB, die
die SPD-Fraktion gestern veröffentlichte, sagt kein Wort vom
Kampf gegen Lohnabbau und um bessere Arbeitsbedingungen.
Die ADGB-Führer begnügen sich mit „ernsten Warnun-
gen“ und „Ablehnung jeder Verantwortung“ für
die neue Notverordnung Brünings, die den Lohn- und Gehalts-
abbau diktiert. Dafür aber erklären sie:

Die Gewerkschaften werden von sich aus alle Maßnahmen
nehmen, auf einen lösbaren Preisabbau hinzuwirken.“

Mit diesem Scheinkampf gegen die hohen Preise wollen die
ADGB-Führer ablenken von den notwendigen Kämpfen der
Arbeiter gegen den Lohnabbau. Es ist ja nicht das erste Mal,
wenn der Kampf gegen den Lohnabbau von den SPD-Führern als
„wichtigste Aufgabe“ bezeichnet wird. Dabei hat der
ADGB-Führer Spließ in einem Referat über die Lohnabbau-
maßnahmen der neuen Notverordnung selbst zugeben müssen,
dass dadurch die

Löhne im Vergleich zum Jahre 1930 um mindestens
27 bis 29 Prozent gesenkt

würden. Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes
sagte sogar aus, daß es Bergarbeiter gibt, die jetzt bereits
mehrere Mark weniger in der Woche verdienen,
als die Wohlfahrtsunterstützung beträgt.

Und trotzdem kein Wort vom Kampf gegen den Lohnabbau!
Kein Wort von der notwendigen Zusammenfassung aller Kräfte

gegen die ungeheure Verschlechterung im proletarischen Haus-
halt!

Der Kampf gegen den Lohnabbau ist ein Kampf gegen den
Verlust der Kapitalisten, die Löhne der Wirtschaftskrise mit allen
ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nur dem Proletariat
aufzubürden. Die ADGB-Führer stellen sich dabei ganz offen
auf die Seite der Unternehmer, wenn sie in ihrer Entschliebung
erkennen:

„Niemand kann ein größeres Interesse am wirtschaftlichen
Wiederaufstieg Deutschlands, an politischer Beruhigung und
an der Erhaltung eines geordneten Staatswesens haben, als
die Arbeiterklasse.“

Die Herren Veigart und Co. verwechseln sich mit dem Pro-
letariat! Die ADGB-Führer, aufs engste verwachsen mit dem
Kapitalismus, haben allerdings ein Interesse an seinem „Wie-
deraufstieg“. Die Arbeiterklasse aber hat ein Interesse an höheren
Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen.

Die Gewerkschaften, die freiwillig auf die Führung dieses
Kampfes des Proletariats verzichten, haben aufgehört, Ge-
werkschaften zu sein. Darum wird auch von Tag zu Tag
Millionen uns noch fernstehenden Arbeitern immer klarer, daß
es in Deutschland nur noch eine gewerkschaftliche Kampforganisa-
tion gibt: die Revolutionäre Gewerkschafts-
opposition.

Lohnabbau für die Berliner Metaller!

Berlin, 17. Dezember (Eig. Meld.)
Der sozialdemokratische Schlichter Wissell hat gestern nachmittag für die Berliner Metallindustrie einen Schieds-
entscheid gefällt, der 10 bis 15 Prozent Lohnabbau vorseht. Die ungeheuerlichen Lohnsenkungen sollen vor allem die
bedürftigsten Arbeiter und Arbeiterinnen treffen. Nach Mitteilungen, die noch nicht bestätigt sind, soll dieser
ungeheuerliche Lohnraub vom 21. Januar bis 30. April gelten.

Der sozialdemokratische Schlichter Wissell befiehlt 10 bis
15 Prozent Lohnraub, der sozialdemokratische Schlichter Wissell
widerlegt jenes Bündnis, das sich in der Zusammenarbeit
von Borjig und Graßmann im Wirtschaftsbeirat äußert,
daß das Bündnis zum Lohnabbau. Der sozialdemokratische
Schlichter Wissell will mit einem Federstich die Löhne der Ber-
liner Metallarbeiter um 10 bis 15 Prozent herabsetzen. Die an-
deren und ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen sollen

die härteste Lohnsenkung haben. Das ist die Frauenpolitik
der SPD. Alle Metallarbeiter sollen wahre Hungerlöhne er-
halten.

Dieser Schiedsentscheid ist das Produkt der Arbeitsgemein-
schaftspolitik, der Politik des Bundes der Gewerkschaftsführer
mit der kapitalistischen Diktatur. Dieser Schiedsentscheid ist die
Politik Brüning und Severings.

Zuchthausurteil in Leipzig

87 Monate Kerker für Kommunisten!

Sächsischer Arbeiter! Antwortet durch verstärkte Werbung für die KPD! Gebt und
sammelt für die Rote Hilfe!

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig fällte gestern ein ungeheuerliches Zuchthausurteil gegen die Chemnitzer
Kommunisten Wagner und Harlach. Insgesamt wurden 87 Monate Kerker verhängt. Die Urteile lauten:

- 2 Jahre, 6 Monate Zuchthaus für Wagner,
- 2 Jahre, 6 Monate Zuchthaus für Harlach,
- 2 Jahre Festung für Baunach,
- 3 Monate Gefängnis für Dora Soller.

Für Wagner und Baunach wird je 1 Jahr Unterzuchthaushaft angerechnet, für Harlach 6 Monate, für Dora Soller gilt die
Hälfte durch die Unterzuchthaushaft als verbüßt.

Kommunisten ehelos gemacht, weil sie gegen Interventionsheer kämpfen! Schüder der Sowjetunion im Zuchthaus ge-
macht! Dieses Terrorurteil der Klassenjustiz muß beantwortet werden! Sächsischer Arbeiter müssen in einem Klassenau-
sruf die Rote Hilfe unterstützen! Tausende Marx für die revolutionären politischen Gefangenen, für die Rote Hilfe
sammelt werden! Verstärkte Massenmobilisierung der werktätigen Massen gegen Not und Reaktion, gegen
Kerker und Klassenjustiz, zum roten Volksentscheid in Sachsen — das muß das tausendfache Echo auf das Schreckens-
urteil gegen sächsische revolutionäre Arbeiter sein!

Zu den Gemeindevahlen in Württemberg

Lehren aus den Fehlern und Schwächen unserer Arbeit!

Vom Zentralkomitee der KPD wird uns geschrieben:

Die jetzt vorliegenden Wahlergebnisse der am 6. Dezember
in Württemberg stattgefundenen Gemeindevahlen bestätigen
zwar in der Hauptlinie die allgemeine Entwicklung, wie sie
in Deutschland bei den Wahlen der letzten Zeit zu den verschie-
denen Parlamenten: Hamburg, Anhalt, Preußen, zum Ausdruck
gekommen ist, bleiben aber hinsichtlich des Grades unseres
Vormarsches hinter verschiedenen Wahlen, vor allem in Ham-
burg, zurück. Die Wahlen in den größeren Orten Württem-
bergs zeigen das Bild: Degeneration der alten bürgerlichen
Parteien und Wahlen der Nazis auf Kosten dieser bürger-

KPD-Vorstoß im Landtag gegen Schloek-Regime, Naziterror, SPD-Tolerierung. (Bericht Seite 7)

lichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, das ebenso wie
in Hessen, in Württemberg eine größere Rolle spielt und seinen
Masseneinfluß gehalten hat, außerordentlich große Verluste
der Sozialdemokratischen Partei, die in den ver-
schiedenen Orten zwischen 25 und 50 Prozent schwanken, und
Vormarsch der Kommunistischen Partei auf Kosten der SPD.

Die Kommunistische Partei hat mit Ausnahme von Stutt-
gart in einer Anzahl von Städten einen erheblichen Vor-
marsch zu verzeichnen, so in Ehlingen, wo unsere Partei die
Sozialdemokratie geschlagen hat, so in Ulm, wo die Kommu-
nistische Partei ihre Stimmenzahl vom 14. September 1930 von
1288 auf 3124, also um etwa 150 Prozent, erhöhte, so in Kär-
tlingen, wo die Kommunistische Partei fast das Vierfache der
Stimmen der SPD beträgt, usw. Nichtsdestoweniger kann trotz
dieser einzelnen glänzenden Erfolge das Ergebnis der württem-
bergschen Gemeindevahlen im ganzen nicht befriedigen. Der
Kommunistischen Partei ist es in den seltensten Fällen gelungen,
die Masse der proletarischen Wähler der SPD, die die sozial-
istische Politik der Weis, Breitfeld, Keil, Hoffmann usw.
als Verrat an der Arbeiterklasse erkennen und der SPD den
Rücken kehren, restlos für die revolutionäre Einheitsfront
unter der Führung der Kommunistischen Partei zu mobilisieren.
Große Teile proletarischer Wähler, die bisher der SPD folgten,
haben sich nicht an der Wahl beteiligt. Das zeigt die geringere
Wahlbeteiligung gegenüber den anderen Wahlen der letzten
Zeit und der außerordentlich starke Stimmenverlust der Sozial-
demokratischen Partei in Württemberg.

Die SPD verlor in Ehlingen rund 3200 Stimmen,
während die Kommunistische Partei nur 600 Stimmen gewonnen
hat. In Ulm verlor die SPD rund 2900 Stimmen, während
die KPD nur 1900 Stimmen gewonnen hat. In Heilbronn
verlor die SPD rund 4900 Stimmen, während unsere Partei
nur 1142 gewonnen hat. Ein ähnliches Verhältnis ist in anderen
Industrieorten Württembergs festzustellen.

In Stuttgart, der größten Stadt Württembergs, hat
die SPD rund 13300 Stimmen verloren. Ihr prozentualer
Stimmenanteil an den Gesamtstimmen ist von 26,9 auf 22,5
Prozent gesunken. Der Kommunistischen Partei ist es in Stutt-
gart nicht gelungen, auch nur einen Bruchteil dieser abgewan-
derten sozialdemokratischen Wählermassen zu mobilisieren. Im
Vergleich zu den Reichstagswahlen im September 1930 hat unsere
Partei in Stuttgart rund 600 Stimmen verloren. Infolge der
geringeren Wahlbeteiligung liegt jedoch unser prozentualer
Stimmenanteil an den Gesamtstimmen von rund 17,2 Prozent
auf 18,06 Prozent. Dagegen ist es der Spitze der Sozialdemo-
kratie, der Brandlergruppe, in Stuttgart gelungen, auf
ihre Liste 4083 Stimmen zu gewinnen. Es ist völlig unzulässig,
die für die Brandlergruppe abgegebenen Stimmen zu den Stim-
men der Kommunistischen Partei hinzuzugählen und daraus zu
schlußfolgern, daß die Kommunistische Partei in Stuttgart deo-
halb einen Erfolg zu verzeichnen habe, weil ja bei den Reichs-
tagswahlen im September 1930 die Brandlergruppe auf Grund
ihrer Unfähigkeit, eine eigene Liste aufzustellen, ihre Anhänger
zur Wahl der Kommunistischen Partei aufgefordert hat. Das
würde bedeuten, die Rolle dieser Gruppe als einer Filiale
des Sozialfaschismus zu vertuschen. Ihre Aufgabe be-
steht gerade darin, den Übergang der revolutionären oppositi-
onen sozialdemokratischen Arbeiter zur revolutionären Klassen-
front zu verhindern, die sozialdemokratischen Arbeitermassen irre-
zuführen, die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD
durch die Kommunistische Partei zu hemmen, den SPD-Führern
zu helfen, die Politik des Arbeiterverrats, den Sozialfaschismus
durchzuführen. Das Wahlergebnis in Stuttgart zeigt, daß die